

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3,50 Zl. mit Zustellgeld 3,80 Zl. Bei Postbezug monatl. 3,89 Zl. vierteljährlich 11,66 Zl. Unter Streifenband in Polen monatl. 7,50 Zl. Danzig 2,50 G., Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 gr., die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr., Danzig 10 bzw. 80 Pf., Deutschland 10 bzw. 70 Pf., übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Blattporosität u. schwierigem Satz 50%, Aufschlag. — Abstellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postfachkonten: Polen 202 157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 230

Bromberg, Dienstag, den 9. Oktober 1934

58. Jahrg.

Polen und der Minderheitenschutz

von Dr. Udo Kulser.

Die Kündigung des Minderheitenschutzvertrages durch den polnischen Außenminister bedeutet den Endpunkt der Linie, die Polen in der Minderheitenfrage seit der Friedenskonferenz verfolgt hat. In der dramatischen Konferenzsitzung vom 31. Mai 1919 hat Paderewski den Minderheitenschutz als fremde Einmischung in innere polnische Verhältnisse abgelehnt; den gleichen Standpunkt nimmt die polnische Delegation an die Kommission für die neuen Staaten vom 16. Juni 1919 ein. Stets ist die Begründung die gleiche wie sie jetzt Minister Beck gegeben hat: Der internationale Minderheitenschutz bedeutete eine Ausnahmebehandlung für die damit belasteten Staaten; außerdem sei er nicht nötig, weil die polnische Gesetzgebung völlig genüge. Polen ist überzeugt, in dieser Frage einen ähnlichen Kampf um Gleichberechtigung zu führen, wie Deutschland in der Entwaffnungsfrage. Das erklärt die Leidenschaft, mit der in Polen dieses Problem behandelt wird. Und in der Tat kann gegen die Forderung der Verallgemeinerung des Minderheitenschutzes kein triftiger Einwand erhoben werden. Inwiefern ist die Sach- und Rechtslage doch wesentlich anders als in der Entwaffnungsfrage.

Die Entwaffnung ist Deutschland auferlegt worden mit der Zusicherung der allgemeinen Entwaffnung; Deutschland sollte nur eine Vorleistung bewirken, also eine einseitige Leistung als Beginn der allgemeinen Abrüstung. Den Minderheitenschutzvertrag hat Polen unter ganz anderen Umständen unterzeichnet. Auf die von dem Rumänen Bratianu vorgebrachten Einwände hat am 31. Mai 1919 Wilson namens der Alliierten geantwortet:

„Aber ich bitte zu beachten, daß er (Bratianu) die Tatsache unberücksichtigt läßt, daß er hier die Sanktionierung bedeutender Gebietsabtretungen fordert, welche Rumänien durch den gemeinsamen Sieg unserer Waffen zugebilligt sind. Wir haben also das Recht zu sagen: „Wenn wir diesen Gebietsabtretungen zustimmen, so haben wir das Recht, auf gewissen besonderen Friedensbestimmungen zu bestehen.“

Der maßgebende Gedanke, der auch in der Präambel des Minderheitenschutzvertrages wiederkehrt, ist also der, daß der Minderheitenschutz das Gegengewicht für die Zuteilung von Gebieten mit gemischter Bevölkerung ist. Der Minderheitenschutz war das einzige Kartellum, mit dem die Alliierten die Verletzungen des Selbstbestimmungsrechts vor sich selbst entschuldigen konnten; nur dieses Prinzip schien tragfähig genug, um die Neuordnung Europas zu stützen. Der Minderheitenschutz ist also nicht eine zufällige Erfindung der Konferenz, sondern steht in engstem organischem Zusammenhang mit der Ziehung der Grenzen. Daher kann man wirklich nicht von einer einseitigen Vorbelastung Polens sprechen. Dieser Zusammenhang mit den Territorialfragen ist auch in den entscheidenden Stunden in Polen klar erkannt worden. Als die Versailler Verträge im polnischen Parlament beraten wurden, fräunte man sich aufs Äußerste gegen das Minderheitenregime. Der Kommissionsbericht stellte trotzdem die Notwendigkeit der Unterzeichnung fest mit den Worten:

„Falls also Polen die Verpflichtungen nicht annehmen wollte, die ihm durch die alliierten und assoziierten Mächte auferlegt sind, so würde es durch diese Tatsache selbst aus der Reihe der alliierten Mächte ausscheiden, die gleichzeitig den Vertrag mit Deutschland geschlossen haben, und es könnte für sich keine Rechte aus diesem Vertrag herleiten.“

Dadurch wurde vom polnischen Parlament selbst festgestellt, daß mit der Verletzung des Minderheitenschutzvertrages die einzige Rechtfertigung für die heutigen Grenzen Polens wegfallen würde. Die Folgerungen für das Revisionsproblem liegen auf der Hand.

Ebenso schlecht steht es mit dem zweiten polnischen Argument, daß der Minderheitenschutzvertrag überflüssig sei, weil die polnische Gesetzgebung von sich aus genügende Garantien biete. Es ist zwar richtig, daß in der polnischen Verfassung ähnliche Grundsätze stehen, wie im Minderheitenschutzvertrag; aber das genügt leider nicht, weil die Ausführungsgesetze fehlen. Auch die polnischen Gesetze geben das zu. So schreibt Professor Starzewski-Lemberg in der Zeitschrift für Ostrecht 1929, S. 29: „Die Konstitution stellt ihre hierarchische Überordnung den gewöhnlichen Gesetzen gegenüber fest; doch die aus dieser Tatsache sich ergebenden Sanktionen funktionieren nicht.“

Auch der polnische Nationalist und Bekämpfer des Minderheitenschutzes A. Kierski schreibt auf S. 293 seines wichtigen Buches „Dziona Praw Mniejszości w Polsce“: „Die Aufnahme von Minderheitenschutzbestimmungen in die Verfassung hat für sich allein die den Minderheiten wirklich zustehenden Rechte nicht gesichert. Die Gesetze und Verwaltungsvorschriften können nicht immer mit der Verfassung übereinstimmen.“

Damit ist in der Tat der entscheidende Punkt berührt. Denn da die Gerichte nicht befugt sind, die Verfassungsmäßigkeit der Gesetze zu prüfen, so sind zahlreiche Verfassungsregeln praktisch gegenstandslos. Diese Lücke im System ist dafür verantwortlich, daß in vielen Fällen die

Minderheiten die ihnen zustehenden Rechte nicht auf dem staatlichen Instanzenwege durchsetzen konnten, sondern auf die Bahn internationalen Schutzes gedrängt wurden. Der Zwang dazu war um so größer, als nach der Gerichtspraxis die Minderheitenverträge innerstaatlich keine Normen darstellen, auf die sich der einzelne vor den Behörden seines Landes berufen könnte. Somit ist die polnische Behauptung nicht zutreffend, daß die polnische Gesetzgebung im Sinne der Minderheitenverträge genügende Garantien biete. Das Gegenteil ist leider oft genug festgestellt. So hat der Internationale Gerichtshof im Haag wiederholt die Verletzung des Minderheitenschutzvertrages durch polnische Gesetze ausgesprochen, z. B. hinsichtlich der Gesetze über die Staatsangehörigkeit wie über die Ausführung des Versailler Vertrages.

Da dies alles in Polen ebenso gut bekannt ist, wie anderwärts, kann es sich bei dem jetzigen Schritt nur um etwas Grundständiges handeln. Der Zeitpunkt war gegeben einmal durch die Abwesenheit Deutschlands in Genf, andererseits durch den Eintritt Rußlands in den Rat. Es geht ums Ganze: um die Ablehnung des internationalen Minderheitenschutzes als solchen.

In Wirklichkeit bedeutet daher der polnische Vorstoß die akute Krise des Minderheitenschutzes überhaupt. Nun ist es ja interessant genug, daß Polen sich einseitig von seinen

Pflichten losgeredet hat, ohne daß von Sanktionen auch nur geredet worden ist. Wer sich aber damit trösten wollte, daß Polen dem Völkerbund einen tüchtigen Schlag verfehlt und Frankreich verstimmt habe, der hat die Kugel noch nicht geföhrt, die ihn selbst getroffen hat. Denn am schwersten trifft das polnische Vorgehen die Minderheiten in Polen und vor allem die schwer kämpfenden Deutschen in Polen. Wenn man sich vor Augen hält, wie die Agrarreform zur Entdeutschung der Landwirtschaft benutzt wird; wenn das deutsche Schulwesen schon derart erdrückt ist, daß nur noch die Hälfte der deutschen Kinder in deutsche Schulen gehen können, dann liegt die Größe der Gefahr klar zutage, die aus völliger Beseitigung des Minderheitenschutzes erwachsen muß. Da in Osteuropa mehr als zwanzig Millionen Deutsche leben, für die der Schutz der Minderheiten trotz aller Fehlschläge als Grundsatz von größter Bedeutung ist, liegt das deutsche Interesse klar zutage. Wer aber dem bisherigen Minderheitenschutz wegen seiner Unzulänglichkeit keine Träne nachweinen will, lasse sich durch das Gewicht, das Minister Beck seinem Schritt beilegt, darüber belehren, daß etwas Bedeutsames geschehen ist und jetzt der Augenblick gekommen ist, durch aufbauende Kritik um schöpferische Behandlung des Minderheitenproblems zu kämpfen. Es geht um Sein oder Nichtsein des Minderheitenrechts und damit auch der Minderheiten!

Klarheit im Ehrenstreit Graebe.

Gegen den deutschen Abgeordneten Kurt Graebe-Bromberg sind von deutscher Seite ehrenrührige Verdächtigungen ausgesprochen worden, die ihn veranlaßten, ein Ehrengerichtungsverfahren gegen sich selbst zu beantragen.

In diesem Verfahren hat das Ehrengericht in seiner Spruchverhandlung am 28. August 1934 nach gründlichster Voruntersuchung unter Mitwirkung der Herren:

1. Kurt von Maercker-Mit-Jahn, als Vorsitzender;
2. Franz Würh-Arkoschken, als Mitglied des Ehrengerichtes;
3. Walter Post-Graudenz, als Mitglied des Ehrengerichtes;
4. Alexander Hannemann-Polzin, als Vertreter für das Ehrengerichtsmittglied Herrn Rechtsanwalt Erich Willer-Danzig;

5. Paul Mahke-Neckau;
 6. Fritz Röhrig-Morroschin;
 7. Hans Depschinski-Grabau;
- sämtlich Mitglieder der deutschen Volksgemeinschaft in Polen, folgenden Spruch gefällt:

„Der Oberleutnant a. D. Kurt Graebe hat sich weder einer ehrenrührigen, noch einer das deutsche Volkstum in Polen schädigenden Handlung schuldig gemacht.“

Er wird gemäß Paragraph 30, c der Ehrenschutzordnung freigesprochen.“

Mit diesem Spruch sind die Verleumdungen gegen Oberleutnant Graebe gebrandmarkt und erledigt. Der um das Deutschtum in Polen verdiente Mann hat mit diesem Spruch, der für den Eingeweihten eine Selbstverständlichkeit war, die Rehabilitierung erhalten, die ihm zukommt.

Der Aufruhr in Spanien.

Katalanische Gegenregierung plötzlich zusammengebrochen.

Madrid, 8. Oktober.

Der Generalfreistreit in Spanien dauert noch an, so daß die Verbindungen der Hauptstadt mit den Provinzen noch immer nicht wieder hergestellt sind und auch die Zeitungen, mit Ausnahme der Rechtspresse, nicht erscheinen. Gegen die marxistischen Anführer wurden Militär- und Bombenflieger eingesetzt; nach den bisherigen Meldungen hat der Aufstand über 600 Todesopfer gefordert. Die verworrene Lage hat sich der katalanische Präsident Companys zunutze gemacht und Katalonien zum unabhängigen Freistaat erklärt. Gleichzeitig gab er bekannt, daß in Barcelona eine neue katalanische Regierung gebildet worden ist, die die Regierung Ferrer ersetzen soll. Diese neue Regierung besteht aus Linksepublikanern. An ihrer Spitze stehen der ehemalige Ministerpräsident Azana und der Linksepublikaner Maura.

Auf die Kunde von der Bildung des unabhängigen katalanischen Freistaates hielt Ministerpräsident Ferrer im Rundfunk eine Ansprache, in der er erklärte, daß Companys durch die Proklamation der Unabhängigkeit Kataloniens seine Befugnisse überschritten habe und die Regierung sich daher gezwungen sehe,

im ganzen Lande den Belagerungszustand

auszurufen. In den Vororten der spanischen Hauptstadt tauchen ununterbrochen Maschinengewehre, Gewehrfeuer gefährden das Leben jedes einzelnen, der sich auf die Straße wagt. Mehrere städtische Straßenbahnwagen, die unter starkem militärischen Schutz als „Panzerwagen“ einen Notverkehr durchzuführen versuchten, wurden von starken Kontingenten ausgezeichnet bewaffneter Rebellen angegriffen, zum Teil mit Bomben in die Luft gesprengt und beschossen.

In Madrid spielten sich in den Mittagsstunden größere Zusammenstöße ab. Hierbei wurden zwei unbeteiligte Knaben im Alter von 12 bis 14 Jahren durch abirrende Kugeln getroffen und auf der Stelle getötet. Dann kam es kurz vor 9 Uhr abends erneut zu einem besonders blutigen Straßenkampf. Die Rebellen griffen mit Gewehren, Maschinengewehren, Bomben und Handgranaten das an der Puerta del Sol gelegene Innenministerium an.

Die Straße ist mit Toten und Verwundeten überfüllt.

Die Aufständischen wiederholen immer und immer wieder ihren Sturm auf das Gebäude, das durch Maschinengewehrposten und Minenwerferabteilungen gesichert war.

Die Rebellen kapitulieren.

Mit ganz erstaunlicher Schnelligkeit ist das katalanische Abenteuer zusammengebrochen. Am Sonntag kurz nach 6 Uhr morgens, noch bevor der Sturm auf das Regierungsgebäude in Barcelona begann, ergab sich Companys, der Präsident der katalanischen Regionalregierung, bedingungslos. Companys wurde verhaftet und befindet sich jetzt im Gebäude der Kommandantur von Barcelona. Zusammen mit ihm wurden auch fast alle Minister der Regionalregierung festgenommen.

Kampf um Barcelona.

Als die katalanische Republik am Sonnabend um 20.15 Uhr proklamiert worden war, forderte die Regionalregierung den in Barcelona kommandierenden Divisionsgeneral Batet auf, sich der Bewegung anzuschließen. Der General ließ aber die Truppe auf die Straße marschieren und proklamierte den Kriegszustand.

Innerhalb weniger Stunden hatte sich die Lage so ganz anders entwickelt, als die Rebellen es gehofft hatten. Companys, davon höchst betroffen, richtete dringende Radioaufrufe an die katalanischen Patrioten, die Waffen zu ergreifen und für ihre Freiheit zu kämpfen. Insbesondere rief er auch die Landarbeiter auf, bewaffnet nach Barcelona zu marschieren.

Kriegsschiffe bereits unterwegs.

Der Madrider Rundfunk war die ganze Nacht zum Sonntag in Tätigkeit. Der Innenminister gab jede Stunde kurze Nachrichten bekannt, die natürlich auch in Barcelona abgehört werden konnten. Um 3 Uhr morgens teilte der Innenminister mit, daß Sonntag gegen Mittag die ersten Kriegsschiffe vor Barcelona eintreffen würden. Vielleicht hat gerade dies den Rebellen den Mut ganz genommen. Um 6 Uhr morgens erfolgte dann die Kapitulation.

Companys war als Nachfolger des verstorbenen Macis zum Präsidenten der katalanischen Regierung gewählt worden. In der spanischen Nationalregierung war er der Führer der katalanischen Fraktion gewesen. Vor der Proklamation der Republik übte er seinen Rechtsanwaltsberuf aus mit der Spezialität der Verteidigung von Syndikalist, Anarchisten und Verbrechern. Jetzt geißeln die Madrider Rechtszeitungen sein Vorgehen als im höchsten Grade ehrlos und wortbrüchig und als Landesverrat ungeheuerlichen Ausmaßes. Mit Sicherheit wird eine schwere Bestrafung über Companys verhängt werden.

Viele Tote und Verletzte

Amtliche Nachrichten besagen, daß die Truppenabteilungen, darunter auch Artillerie, die Auführer in Asturien niederkämpft haben und schon ganz Herren der Situation sind. Die heute aus der Provinz vorliegenden Meldungen sprechen von sehr zahlreichen Toten und Verletzten, insbesondere sind in vielen kleinen Orten die dort stationierten zwei bis vier Gendarmen von den Auführern getötet worden. Die Gendarmen dieser verlorenen Posten kämpften heldenhaft gegen eine oft hundertfache Übermacht. Es kam auch zu Brandstiftungen, Bombenattentaten, Morden und zahlreichen Gewalttaten jeder Art.

Schießereien in Madrid.

In Madrid wurden am Sonntag von Einbruch der Dunkelheit an bis zum Morgenrauschen in allen Stadtteilen und Vorstädten viel Schüsse abgegeben. Das auf dem Hauptplatz gelegene Innenministerium, in dem sich mehrere Minister aufhielten, darunter der Ministerpräsident, wurde zwei Stunden lang, auch von Häusern und Dächern aus, beschossen, ferner das Telephongebäude, die Polizeidirektion, der Parlamentspalast, andere öffentliche Gebäude und sämtliche Polizeiwachen. Es gab mehrere Todesopfer und zahlreiche Verwundete, meist Unbeteiligte. Die Auführer schossen blindlings auf friedliche Passanten, um Panik hervorzurufen. Die Madrider Bevölkerung hat aber in jeder Weise sehr viel Zivilcourage bewiesen.

Der Kampf gegen den Marxismus wird nun zweifellos in voller Stärke aufgenommen werden. Der Führer der Sozialistenpartei, Exminister Largo Caballero, genannt der „Lenin Spaniens“, der seit Tagen verschwunden ist, soll über die portugiesische Grenze entkommen sein. Seit Sonn-

Die gefälschten Stimmzettel.

Nachklänge zu der Volksabstimmung in Ostpreußen.

Die „Drukarnia Polska“ in Posen, in welcher der nationaldemokratische „Kurjer Poznański“ gedruckt wird, der ehemalige technische Leiter dieser Druckerei und jetzige Inhaber des „Kurjer Bydgoski“, Edward Pawlowski, sowie der frühere Berliner Korrespondent des „Kurjer Poznański“, Redakteur Drobniak, hatten seinerzeit gegen den verantwortlichen Redakteur des in Posen erscheinenden „Przeglad Codzienny“ die Privatklage erhoben, weil dieser die „Drukarnia Polska“ wegen der im „Kurjer Poznański“ veröffentlichten Berliner Korrespondenzen des Redakteurs Drobniak eine „Agentur der Kreuzritter“ genannt und den damaligen Druckereileiter Pawlowski des Hochverrats bezichtigt hatte. Der Prozeß vor dem Bezirksgericht in Posen, über den wir ausführlich berichtet haben, endete mit der Verurteilung des verantwortlichen Redakteurs des „Przeglad Codzienny“ zu zwei Monaten Haft mit Strafausschub. Da aber das Urteil der ersten Instanz nicht alle zur Verhandlung stehenden Angriffe des Angeklagten berücksichtigte, so legten die Privatkläger Berufung ein, über die kürzlich vor dem Appellationsgericht in Posen verhandelt wurde. Der Angeklagte hatte sich mit dem Urteil zufriedengegeben.

In der Berufungsverhandlung wurde zunächst die eideidliche Aussage des Redakteurs Przebyslawski aus Warschau, des ehemaligen polnischen Vizekonsuls in Marienwerder, verlesen, der bekundet hatte, es sei ihm bekannt gewesen, daß deutsche Flugblätter gedruckt und unter den stimmberechtigten Deutschen verteilt worden sind.

Den Flugblättern waren Stimmzettel beigelegt, die ein vorschriftswidriges Format hatten und für ungültig erklärt worden wären.

Gedruckt wurden sie in polnischen Druckereien, die ein besonderes Vertrauen genossen. Es handelte sich darum, dieses hinterlistige Manöver vor den Deutschen streng geheim zu halten.

Sodann sagte der damalige technische Leiter der „Drukarnia Polska“ Bazejczak unter Eid aus, daß die Flugblätter in der „Drukarnia Polska“ in Posen gedruckt worden sind, die an das Polnische Abstimmungs-Komitee in Allenstein auch Typen gefandt hatte. An diese Adresse wurden aber die Flugblätter nicht abgesandt, diese nahm vielmehr ein ihm unbekannter Herr mit einem schwarzen Spitzbart persönlich in Empfang, um das Geheimnis des Inhalts der Pakete den Deutschen gegenüber zu wahren. Dieser Zweck ging aus der Unterredung hervor, die dieser Herr in Gegenwart des Zeugen mit Pawlowski geführt hat. Aus diesem Gespräch erinnert sich der Zeuge daran, daß es sich darum handelte,

die Deutschen zu täuschen und die deutschen Wähler zu desorientieren.

Die Verteidigung stellte hierauf den Antrag, das Urteil der ersten Instanz in den Punkten zu berichtigen, die sich auf die Privatklage Pawlowskis bezogen. Das Gericht hatte nämlich den Wahrheitsbeweis in bezug auf die deutschen Flugblätter und Stimmzettel als gelungen befunden. Doch kein gesund denkender Mensch, sagte der Verteidiger, kann auch nur einen Augenblick annehmen, daß die in der polnischen Druckerei in Posen hergestellten Flugblätter deutschen Zwecken dienen könnten. Der „Przeglad Codzienny“ habe dies gewünscht und nur den Willen gehabt, ihm unbequeme Menschen zu beschimpfen. Die Flugblätter seien für das Polnische Abstimmungs-Komitee gedruckt worden, um die Deutschen zu täuschen. Dies sei also

eine patriotische Tat

gewesen, für die Pawlowski Anerkennung gebühre. Hier handele es sich also um ein Verdienst, nicht aber um einen Volksverrat.

Das Appellationsgericht bestätigte das Urteil der ersten Instanz (zwei Monate Haft) in bezug auf den Teil, in welchem der „Drukarnia Polska“ und dem „Kurjer Poznański“ Genugtuung gegeben wird, hob dagegen das freisprechende Urteil in Sachen der deutschen Flugblätter auf und erkannte zusätzlich auf 300 Zloty Geldstrafe. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, daß der Druck der Flugblätter für den Pawlowski die Verantwortung trägt, Polen nicht geschädigt habe, wie dies der „Przeglad Codzienny“ behauptet hatte. Es sei die Absicht der Kolportage der Flugblätter gewesen, das Vertrauen der deutschen Wähler zu erlangen und sie zur Abgabe vorschriftswidriger Stimmzettel zu bewegen, wodurch diese für Deutschland abgegebenen Stimmen ungültig gewesen wären. Als bewiesen hat es dagegen das Appellationsgericht angenommen, daß Pawlowski vor dem Kriege und während des Krieges, vor der Verlegung seines Wohnsitzes aus Tilsit nach Posen, im Verkehr mit den Deutschen

tag nacht sind im übrigen alle spanischen Grenzen für den gesamten Personenverkehr gesperrt. Trotz der sehr großen Anzahl von Auführern handelt es sich keineswegs um eine Massenbewegung, es sei denn, bei den asturischen Bergarbeitern und seitens der Links-Katalanen. An den Unruhen beteiligten sich verhezte Arbeiter, Verführer und Verführer kleinerer Kategorien, in Madrid ferner noch Verbrecher aller Art und Straßengefindel, meist Jugendliche, die sämtlich bewaffnet waren.

Sehr zahlreiche Arbeiterentlassungen wurden vorgenommen, besonders bei den Bahn-, Gas-, Wasser-, Elektrizitäts- und ähnlichen Gesellschaften, die zwar einen Teil der Streikenden wieder aufnehmen wollen, alle unruhigen Elemente jedoch ausschließen. Ein erheblicher Teil der etwa 60 000 Madrider Arbeitslosen wird jetzt untergebracht werden können. In vielen Provinzstädten hat der Streik schon am Sonntag abgeklaut.

Präsident Azana verhaftet?

Paris, 8. Oktober. (Eigene Meldung.) Nach einer bisher nicht bestätigten Meldung des „Matin“ sollen der frühere spanische Ministerpräsident Azana und drei katalanische Führer bei Barcelona verhaftet worden sein, als sie gerade im Begriff standen, sich an Bord eines großen Dampfers nach Frankreich einzuschiffen.

Nationalsozialistische Regierung in Spanien?

Paris, 8. Oktober. (P.M.) Wie aus Madrid gemeldet wird, ist mit einer Änderung des Regierungssystems in Spanien zu rechnen. Man nimmt an, daß eine faschistische Regierung mit harter Anlehnung an das deutsche nationalsozialistische Ideengut gebildet werden soll.

den deutschen Klang und die deutsche Schreibweise seines Namens „Eduard Pawlowski“ gebraucht hat. In diesem Punkte wurde der Angeklagte freigesprochen.

Insgesamt wurde also der Schriftleiter des „Przeglad Codzienny“ zu zwei Monaten Haft mit dreijährigem Strafausschub, 300 Zloty Geldstrafe und den Gerichtskosten verurteilt.

Abbruch der deutsch-polnischen Pressebesprechungen.

Die in Berlin im Februar d. J. begonnenen deutsch-polnischen Pressebesprechungen wurden auf Einlabung der Polnischen Regierung am 4. und 5. d. M. in Warschau fortgesetzt. Es nahmen daran Vertreter des polnischen Außenministeriums, des Deutschen Auswärtigen Amtes und des Propagandaministeriums, sowie der beiden Gesandtschaften teil. Über den Verlauf der Besprechungen verbreitet die Polnische Telegraphen-Agentur folgenden Bericht:

Im Laufe der Beratungen wurde mit Genugtuung festgestellt, daß in der öffentlichen Meinungsbildung beider Länder eine Besserung eingetreten ist. Man erörterte auch die verschiedenen Umstände, die auf die öffentliche Meinungsbildung Einfluß haben. Beiderseits wurde die Ansicht vertreten, daß auf den Gebieten, die den Gegenstand der Aussprache gebildet haben, auch weiterhin eine erfolgreiche Tätigkeit ausgeübt werden solle. In diesem Zusammenhang wurde die Frage der wissenschaftlichen und politischen Literatur sowie die Frage der Schulbücher behandelt. Ferner erörterte man die Frage des Einflusses von Organisation und öffentlichen Versammlungen auf die öffentliche Meinungsbildung in beiden Ländern.

Man war sich darüber einig, daß die mehrfachen Gesellschaftsreisen zur Stärkung des gegenseitigen Verständnisses beigetragen haben, insbesondere wurden mit Genugtuung die guten Ergebnisse festgestellt, die die beiderseitigen Besuche der Schriftleiter gebracht haben. Übereinstimmend wurde der überzeugung Ausdruck gegeben, daß man auch in Zukunft eine ständige Fühlungnahme im Sinne der bisher durchgeführten Besprechungen aufrecht erhalten soll. Es sollen weiterhin die gegenseitigen Beziehungen auf den mit der öffentlichen Meinungsbildung verbundenen Gebieten weiter entwickelt werden. Die nächste Zusammenkunft ist für das Frühjahr des kommenden Jahres in Berlin vorgesehen.

Der „Kurjer Poznański“, der diesen Bericht der Polnischen Telegraphen-Agentur bereits in seiner Sonntag-Ausgabe wiedergegeben hat, stellt die Frage, ob die angekündigte Namensänderung des Westmarkenvereins und die beabsichtigte Verlegung seines Sitzes von Posen nach Warschau ebenfalls im Zusammenhange mit der deutsch-polnischen Verständigung erfolgen soll.

Der Kommandant hat befohlen.

Wir haben den Befehl ausgeführt!

In Wilna tagte am Sonntag der Kongreß der ehemaligen Soldaten des ersten polnischen Ulanen-Regiments „sogenannten Wilna-Regiment“, zu dem auch der polnische Außenminister Oberst Beck eingetroffen war. Dem Minister wurden dort als Anerkennung für sein energisches Vorgehen in Genf herzliche Ovationen bereitet, unter großem Beifall nahmen ihn seine Kameraden auf die Arme und hoben ihn in die Höhe. Im Laufe der Tagung hielt Minister Beck eine kurze Ansprache, die nach dem „Kurjer Poranny“ folgendes besagte:

„Die Sache ist doch sehr einfach. Die Arbeit setzt sich aus zwei Elementen zusammen: dem ersten, schwierigen, das man erleben muß, und dem zweiten, das man lernen kann, d. h. der Technik. Sie haben mir eine Kundgebung für irgendein Genf dargebracht. Was soll man hier viel reden. Der Kommandant leitet uns ebenso, wie er uns in den Kampf geführt hat, auch jetzt im Staatsleben. Der Kommandant hat befohlen, wir haben den Befehl ausgeführt!“

Am Sonntag abend ist Minister Beck wieder nach Warschau zurückgekehrt.

Wasserstandsnuhrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 8. Oktober 1934.

Krautau - 1,86 (- 2,66), Zawichost + 1,44 (+ 1,41), Warschau + 1,28 (+ 1,25), Bloct + 0,73 (+ 0,70), Thorn + 0,67 (+ 0,60), Jordan + 0,70 (+ 0,75), Culm + 0,47 (+ 0,54), Graudenz + 0,70 (+ 0,76), Kurzebrat + 0,86 (+ 0,84), Bielow + 0,09 (+ 0,17), Dirschau + 0,05 (+ 0,15), Einlage + 2,24 (+ 2,26), Schiewenhorst + 2,40 (+ 2,50). (In Klammern die Meldung des Vortages.)

Der Delzweig auf den Gewehrläufen.

Bemerkenswerte Rede Mussolinis in Mailand

Mussolini hielt am Sonnabend nachmittag zum Abschluß seines Besuchs in der Lombardei eine sehr bedeutungsvolle Rede auf dem Mailänder Domplatz. Die Zuhörerzahl, die sich dort versammelt hatte, wird auf 300 000 Menschen geschätzt.

Die etwa halbstündige Rede beschäftigte sich mit der Stellung Italiens. Bei seinem kurzen Rückblick über die internationale Situation fand Mussolini, um das voranzuführen, auch für Deutschland ein verständnisvolles Wort, als er versicherte,

Europas Entwicklung sei ohne Deutschland nicht denkbar und nur mit Deutschland zu vereinbaren.

Mussolini begann mit einer kurzen Darstellung der sozialen Struktur Italiens, verkündigte nochmals das Ende des liberalen Wirtschaftssystems, das unter der Weltkriege begraben worden sei, lehnte die Verstaatlichung der Wirtschaft aber vollkommen ab und schloß als einzige Lösung die bekannte korporative Wirtschaftsform vor. Das Ziel des korporativen Regimes, das er in dieser Rede, ausdrücklich an die Mailänder Arbeiter gerichtet, als Grundziel angab, sei die Verwirklichung einer größeren sozialen Gerechtigkeit. Sichere Arbeit, lebenswürdiger Lohn, menschenwürdige Wohnungen, das bedeute das Versprechen der größeren sozialen Gerechtigkeit. Die moderne Wissenschaft habe den Reichtum zu vervielfachen gewußt. Jetzt müsse sie unter Leitung des Staates den Weg zur gerechteren Verteilung der Güter zeigen, damit das graufame Elend der Massen gehoben werde.

Von diesem Standpunkt der sozialen Reform, ebenso von dem der internationalen Politik aus wünsche Italien nichts anderes, als in Ruhe gelassen zu werden. In dieser internationalen Politik könne man nicht eine Haltung der Gleichgültigkeit annehmen, sondern

entweder die der Feindschaft oder der Freundschaft.

Mussolini beginnt mit dem Orient. Es seien keine großen Möglichkeiten, die Beziehungen mit den Nachbarn jenseits der Adria zu verbessern (gemeint ist Jugoslawien, und die Masse auf dem Platz bricht in Demonstrationen aus). Denn sie haben, fährt der Duce fort, uns zu tief in unserer Ehre verletzt. Die erste Bedingung der politischen Freundschaft, wenn sie nicht im Eisenschrank der Akten erfrieren soll, ist, daß man den Wert des italienischen Heeres anerkenne. Mussolini zählt ihre Taten auf, auch die 800 000 Toten im Weltkrieg.

„Wir aber, sagt er, die wir uns stark fühlen, können trotzdem nochmals die Möglichkeit einer Verständigung ausprobieren auf Grund der tatsächlichen Bedingungen. Von Österreich haben wir jederzeit die Unabhängigkeit Österreichs verteidigt und werden es weiterhin tun. Diese Unabhängigkeit, die geweiht ist von dem Blute eines Kämpfers, der klein von Statur, aber groß von Herzen war. Dann sagt er jene Worte über Deutschland, die wir schon zitiert haben, und das gab ihm, so sagte er, Gelegenheit, zu versichern, daß die Entwicklung Europas ohne Deutschland nicht denkbar und nicht zu vereinbaren sei. Mit der Schweiz erklärte er die Beziehungen für freundschaftlich. Der Tessin müsse italienisch bleiben. Die Worte über Frankreich — wir folgen einem Bericht des „Rechtst. Tagbl.“ — sind besonders bemerkenswert. Seit einem Jahre seien

die Beziehungen zu Frankreich bemerkenswert verbessert.

(Eine große Beifallsdemonstration erhebt sich auf dem Platze.) Wenn wir zu einem Akkord kommen können, was wir selber wünschen, so wird das sehr nützlich für beide Länder und die allgemeinen Interessen Europas sein. All das wird man zu Ende Oktober und Anfang November sehen. Die Verbesserung der Beziehungen zwischen den Völkern Europas ist um so wichtiger, als

die Abrüstungsfrage völlig bankrott

gemacht hat. Kein Zweifel, daß dem Bürger Henderson trotz seiner Fähigkeit es in keiner Weise gelingen wird, diese Konferenz wieder zum Leben zu bringen; denn sie ist unter den Kanonen begraben. Da die Dinge so stehen, richten wir unsere volle Aufmerksamkeit auf die integrale militärische Vorbereitung Italiens.“

Das geschieht ebenfalls aus der Möglichkeit des korporativen Systems heraus, und er verlange — aus diesem System heraus — die höchste soziale Gerechtigkeit für das Volk, das

ein Volk in Waffen

sein muß. Die Zukunft könne nicht genau bestimmt werden. Hypotheken auf lange Zeit könne man nicht geben.

Wir sind überzeugt, daß der Faschismus die Zivilisation dieses Jahrhunderts sein wird. Der wahre Frieden, der von Gerechtigkeit begleitet wird, kann

auf den Gewehrläufen auch den Ölzweig

tragen. Aber wir Menschen, die wir im Klima des Faschismus erzogen sind, werden unsere Bajonette immer wenn es nötig ist, mit den Lorbeeren neuer Siege zu schmücken wissen.“

Mit dieser Fanfare schloß Mussolini unter dem Beifall der Menge seine Rede.

Prinzessin Felizitas von Preußen.

Wilhelm II. wurde Urgroßvater.

In diesen Tagen fand in Bonn in engstem Familienkreise die Taufe der Prinzessin Felizitas Cecilie Helene Dorothea von Preußen, der ersten Tochter des ältesten Kronprinzen hiesig Prinz Wilhelm und seiner Gemahlin Dorothea von Salviati statt, mit der er seit dem 3. Juni vorigen Jahres verheiratet ist.

Damit ist Kronprinz Wilhelm Großvater, und der frühere Kaiser Wilhelm II. Urgroßvater geworden.

Das Kronprinzenpaar nahm an der Taufe der Prinzessin Felizitas teil.

In Bayern fällt Schnee.

Kempten, 6. Oktober. (Eigene Meldung.) Während noch am Donnerstag sommerliche Hitze herrschte, ging am Freitag die Temperatur bis auf 5 Grad Wärme zurück. In den Bergen ist bis 1600 Meter herab Schnee gefallen.

Gustav-Adolf-Zugung in Königsberg.

Die Reichstagung des Gustav-Adolf-Werkes ist für die auslandsdeutschen Gemeinden immer von größter Bedeutung, werden hier doch die Hilfsmaßnahmen beraten, die der kirchlichen Not im Auslande steuern sollen. Mehrere hundert reichs- und auslandsdeutsche Pfarrer, die in Königsberger Familien gastlich aufgenommen wurden, predigten schon am Erntedankfestsonntag in allen evangelischen Kirchen Königsbergs und der weiteren Umgegend. Teilnehmer aus Österreich, Polen, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, den baltischen Randstaaten, Rußland, ja aus Südamerika waren auf der Tagung vertreten und fanden sich mit den reichsdeutschen Glaubensbrüdern in evangelischer Gemeinsamkeit zusammen. Erfreulicherweise waren im Sinne der Einladung, die der neue Vorsitzende, Professor Dr. Gerber erlassen hatte, die heute in Deutschland brennenden kirchenpolitischen Gegensätze nicht spürbar. Die „Deutschen Christen“ und die Glieder der Bekenntnis Kirche fanden sich in gemeinsamem Willen zur Hilfe an den evangelischen Brüdern der Diaspora.

Nach einer Frauenversammlung am Anfang, die von den mehr als 400 Gustav-Adolf-Frauenvereinen veranstaltet wurde, erstattete Generalsekretär D. Geißler in der Abgeordnetenversammlung seinen Jahresbericht. 1449 Gemeinden sind im abgeschlossenen Rechnungsjahr betreut worden, davon 143 in Polen, außerdem 725 Diasporagemeinden in Deutschland, 94 in Österreich, 106 in der Tschechoslowakei, 141 in baltischen Ländern und in Rußland, 26 in Ungarn, 60 in Jugoslawien, 78 in Rumänien, 9 auf dem Balkan und dem Orient, 8 in Italien, 4 in Spanien und Portugal, 8 in Afrika und 47 in Südamerika. In Österreich hat sich durch die Massenübertrittsbewegung und durch die Unterdrückung des Protestantismus die Gesamtlage stark verändert. Der Gustav-Adolf-Verein sieht sich vor die Aufgabe gestellt, für die wachsende kirchliche Arbeit geistliche, pädagogische und verwaltungstechnische Kräfte zu schulen. In Rußland werden die wenigen Pfarrer, die noch im Kampfe stehen, nach wie vor betreut, ebenso wie andere, die nach den baltischen Staaten geflohen sind oder in Deutschland ein Asyl gefunden haben. Durch die amtsbrüderliche Nothilfe sind diesen rußlanddeutschen Pfarrern im Laufe der letzten vier Jahre 1 1/2 Millionen Rentenmark zugute gekommen. Durch den Rückgang der Sammlungen überhaupt hat auch die Sammeltätigkeit des Gustav-Adolf-Vereins schwer gelitten. Die Gesamtbeträge sind um fast 1/2 Million zurückgegangen, ebenso erschwerten es die deutschen Devisenbeschränkungen, den Brüdern im Auslande die benötigten Summen restlos zuzustellen.

Auf der Hauptversammlung war von Bedeutung die große programmatische Rede, die der neue Vorsitzende Professor Dr. Gerber hielt. In warmen Worten dankte er seinem verdienten Vorgänger, Geheimrat D. D. Rendtorff, dessen Name in dem nach ihm benannten auslandsdeutschen Studentenheim des Gustav-Adolf-Vereins in Leipzig fortleben wird. In der Arbeit des Gustav-Adolf-Vereins, die künftig auf genossenschaftlicher Grundlage aufgebaut werden soll, handelte es sich darum, die alte Arbeit unermüdet fortzuführen und die Gesinnung christlicher Liebe gegenüber den Brüdern und Schwestern in der Diaspora immer von neuem praktisch zu betätigen. Der Leiter des kirchlichen Außenamtes, Bischof D. Heckel, der nach der Amtsniederlegung von Geheimrat D. D. Rendtorff den Gustav-Adolf-Verein einige Monate betreut hatte, erklärte nachdrücklich, daß die Auslandsarbeit der Kirche, wie sie in Deutschland getrieben werde, keinen politischen, sondern einen rein kirchlichen Charakter habe. Auch die deutsche Theologie müsse auf die Stimme der Diaspora hören. Hier sei der große Fragenkreis „Glaube und Volkstum“ aus der Abstraktion herausgehoben und zur lebendigen Wirklichkeit geworden.

Bei der Verteilung der sogenannten großen Liebesgabe erhielt die Gemeinde Scheidt im Saargebiet die weitaus meisten Stimmen. Sie wird nun die Möglichkeit haben, mit den ihr zur Verfügung gestellten Mitteln das geplante Gustav-Adolf-Haus als Mittelpunkt ihres kirchlichen Lebens zu errichten. Die beiden anderen zur Wahl stehenden Gemeinden Danzig-Langfuhr und Wandorf im Burgenland wurden ebenfalls mit Gaben bedacht.

Die Liebesgaben, die die ostpreussische Gustav-Adolf-Gemeinde dem Gustav-Adolf-Werk darbrachte, wurden in einem feierlichen Gottesdienst überreicht, der in der Königsberger Schloßkirche, der alten preussischen Krönungskirche, stattfand. Der Reihe nach traten Vertreter einzelner Vereine, verschiedener Frauenorganisationen und der Gustav-Adolf-Kindergabe an den Altar, um mit Segenswünschen ihre Geschenke zu übergeben. Der ostpreussische Hauptverein stellte den tatsächlichen Betrag von 30 000 Mark zur Verfügung. Die ostpreussische Frauenhilfe stiftete eine vollständige Altarausstattung und Kirchengereäte für eine auslandsdeutsche Kirchengemeinde. Der Königsberger Gustav-Adolf-Frauenverein schenkte eine Tauffchale mit Bernsteinschmelze für die neue deutsche evangelische Kirche in Tiflis. Das Ergebnis der Kindergabe, das aus vielen kleinen Pfennigbeträgen zusammengetragen wird, betrug diesmal 18 000 Mark und ist zum Bau eines Kinderheimes in Neu-Verbas in Jugoslawien bestimmt. Die Kindergabe des nächsten Jahres soll für die leidenden evangelischen Glaubensgenossen in Rußland gesammelt werden.

Neben den verschiedenen größeren Feiern und festlichen Anordnungen kam auch die Arbeit zu ihrem Recht. In kleineren Arbeitsgemeinschaften wurden brennende Fragen behandelt, wobei von Sachkennern einführende Referate gehalten wurden, an die sich lebendige Aussprachen angeschlossen. So war z. B. von den Schwierigkeiten die Rede, die ein deutscher Pfarrer in völlig gemischten Gemeinden zu überwinden hat. Andere Arbeitsgruppen beschäftigten sich mit der Lage in Polen, Rußland, Österreich und den überseeischen Ländern. Den Abschluß der eindrucksvollen Tagung bildete eine große Volkskundgebung auf dem Schloßhof, in der noch einmal Professor Dr. Gerber und Bischof D. Heckel sprachen. Bischof D. Heckel wandte sich entschieden gegen alles binnenkirchliche Denken, das ebenso abgelehnt wurde, wie alles binnendeutsche Denken. Der ostpreussische Oberpräsident Erich Koch, der zugleich Vorsitzender des ostpreussischen Hauptvereins der Gustav-Adolf-Stiftung ist, rief der großen Versammlung zu, der Gustav-Adolf-Verein möge alle Mittel und Möglichkeiten benutzen, um an seinem Teile zum Frieden der Welt und zur Verständigung der Völker beizutragen. Er schloß mit den Worten: Tun wir unsere Pflicht als Deutsche und als Protestanten, wie sie Martin Luther und Gustav Adolf getan haben.

In den auf die Tagung folgenden Tagen verstellten sich die Teilnehmer auf verschiedene denkwürdige Orte in Ostpreußen, so z. B. das Tannenbergsdenkmal und die Marienburg, und besuchten auch die alte Hansastadt Danzig.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 8. Oktober.

Milid.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet tagsüber mildes Wetter, für die Nacht vereinzelte leichte Bodenfröste, schwache, meist südwestliche Winde an.

Die Revision der sozialen Gesehe wird durchgeführt.

In einer gewissen Warschauer Presse ist in diesen Tagen eine Meldung erschienen, daß die maßgebenden Stellen auf Grund einer in der letzten Sitzung des Ministerrats geäußerten Meinung die Arbeit an der geplanten Reform der sozialen Versicherungen eingestellt hätten. Gleichzeitig habe man die weiteren Studien an diesem Problem aufgegeben. Im Zusammenhang damit wandte sich der Warschauer Korrespondent des „Mlastrowany Kurjer Godzienie“ an die auf diesem Gebiet maßgebenden Stellen mit der Bitte um nähere Informationen über diese Frage. Dem Korrespondenten wurde erklärt, daß die erwähnte Meldung der Presse jeglicher Grundlage entbehrt und vollständig aus den Fingern gesogen ist.

Die maßgebenden Kreise betonen, der Ministerpräsident habe in seiner letzten Ansprache darauf hingewiesen, daß sich die Regierung über die Notwendigkeit einer gründlichen Revision des Versicherungsgesetzes klar sei, da die Kosten dieser Versicherungen mit einer ungeheuren Last die ganze Arbeitswelt in Polen beschwerten. Weiter hat der Ministerpräsident erklärt, die Regierung sei sich auch dessen bewußt, daß bei einem weiteren Bestehen dieses Zustandes die Unzufriedenheit in der Volksgemeinschaft darüber noch wachsen werde. Sowohl vom Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Gleichgewichts als auch vom Gesichtspunkt der Versicherungen selbst hält denn auch der Ministerpräsident die Reform der sozialen Versicherungen als eine Frage von erstklassiger Bedeutung, von deren Lösung er nicht abgehen werde. In Verbindung damit weisen maßgebende Kreise darauf hin, daß im gegenwärtigen Augenblick die Erledigung der Frage der Entschuldungs-Verordnung dringender gewesen ist, die nicht allein für die Landwirtschaft, sondern auch für alle Zweige unseres Wirtschaftslebens eine ungewöhnliche Bedeutung hat.

Dies bedeutet aber durchaus nicht, daß die Reform der sozialen Versicherungen aufgegeben worden sei, man habe sie nur für kurze Zeit hinausgeschoben. Auf dem Gebiet der Reform der sozialen Versicherungen beständen drei Projekte, und es sei noch nicht bekannt, welches dieser Projekte angenommen werden wird. In dieser Frage werden schon in nächster Zeit Beratungen im Ministerium für soziale Fürsorge unter Teilnahme der anderen interessierten Ministerien stattfinden. Diese Projekte sollen gründlich studiert werden, worauf der Entwurf der Reform der sozialen Versicherungen vom Ministerrat beschlossen werden wird, der es dann den gesetzgebenden Körperschaften zuleiten soll.

Die Ernte ist eingebracht,
die Scheunen sind gefüllt.
Bergiß nicht die Hungernden,
Bergiß nicht die deutsche Nothilfe!

§ **Verlegung eines Wochenmarktes.** Am 10. Oktober trifft in Bromberg die Gemahlin des Staatspräsidenten, Frau Mosciak, ein, um die Weisheit einer Jahne einer hiesigen Frauenorganisation vorzunehmen. Wie uns die Stadtverwaltung mitteilt, ist aus diesem Grunde der Wochenmarkt, der am Mittwoch, dem 10. Oktober, stattfinden sollte, auf Dienstag, den 9. Oktober, verlegt worden. Es handelt sich um den Wochenmarkt, der auf dem Friedrichsplatz (Stary Rynek), Fischmarkt, Neuen Markt und Kornmarkt stattfindet.

§ **Unruhige Zustände herrschen seit längerer Zeit im Hause Schifferstraße (Wabia Wiesz) 8.** Wir haben schon mehrfach berichtet, daß dort Mieter über den Hausbesitzer und dessen Familie hergefallen sind. Auch gestern drang der 37jährige Mieter Wladyslaw Strozek mit zwei anderen Männern in die Wohnung des Hausbesitzers Neubert ein. Am Montag sollte eine Exmissionsklage gegen Strozek vor dem Gericht zur Verhandlung kommen. Der Mieter stellte die Frau des Hauswirts, Helene Neubert, zur Rede und griff sie scheltend an. Auch die anwesende Wirtschaftlerin Marie Herzog wurde angegriffen. Die Männer gingen derart brutal vor, daß Frau Neubert ein Arm gebrochen wurde und Fräulein Herzog schwere Gesichtsverletzungen erlitten hat. Erst die herbeigerufene Polizei machte dem wilden Treiben ein Ende. Der Rettungswagen schaffte die Verletzten in das Städtische Krankenhaus, wo sie verbunden wurden; Frau Neubert wurde dem Diagnostikumshaus überwiesen.

§ **Ein Dokumentenfälscher** hatte sich in der Person des 23jährigen Anton Sumkowski aus Lohsen, Kreis Wirzich, vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Der Angeklagte, von Beruf Bäcker, hatte sein Gesellenbuch in der Weise gefälscht, daß er verschiedene Daten über seine Arbeitszeit, die er öfters unterbrochen hatte, zu seinen Gunsten fälschte. S., der sich vor Gericht weinend zur Schuld bekennt, wurde zu 8 Monaten Gefängnis mit 3jährigem Strafausschub verurteilt.

§ **Mit billigen Christbäumen versorgt** hatten sich kurz vor den Weihnachtsfeiertagen im vergangenen Jahre die Arbeiter Tadeusz Majewski, Anton Ziemski und Oskar Huzar, alle drei hier wohnhaft. Die drei waren mit einem Fuhrwerk nach Nitromecko gefahren und hatten dort nicht weniger als 170 Tannen gefüllt, mit der Absicht diese hier zu verkaufen. Auf der Thornerstraße begegnete ihnen der Oberpolizist Jan Pylarski, der den Wagen anhalt und sich nach der Herkunft der Christbäume erkundigte. Huzar wies dem Polizisten eine von der Försterei Nitromecko ausgestellte und von dem Förster Stein unterschriebene Bescheinigung vor, aus der hervorging, daß die Tannenbäume rechtmäßig gekauft waren. An der Echtheit der Bescheinigung kamen dem Beamten trotzdem Bedenken, weshalb er das Fuhrwerk vor-

läufig auf den Hof des Kommissariats fahren ließ. Bei einer näheren Prüfung der Bescheinigung stellte es sich heraus, daß diese gefälscht war. Die weitere Untersuchung ergab, daß Huzar die Fälschung vorgenommen hatte und die Christbäume gestohlen waren. Alle drei hatten sich jetzt vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts zu verantworten. Sie bekennen sich zur Schuld und führen zu ihrer Verteidigung an, daß sie arbeitslos sind und sich auf diese Weise einige Zloty verdienen wollten. Das Gericht verurteilte alle drei Angeklagten zu je 2000 Zloty Geldstrafe, die im Nichtentwöhnungsfalle zu je 40 Tagen Arrest umgewandelt werden. Huzar, der bereits 4 Mal vorbestraft ist, wurde außerdem wegen Dokumentenfälschung zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt.

Dreijähriges Kind im Getriebe eines Hofwerks.

ss Wogrowitz, 7. Oktober. In Damaslawek ereignete sich ein folgenschwerer Unfall, dem die dreijährige Landwirtstochter Lucja Wogalinska zum Opfer fiel. Als das Kind sah, daß sein Vater mit dem Reuht Stroch zu Hädel schnitt, setzte es sich auf das Rehrad des Hofwerks und trieb die Pferde an. Plötzlich verlor die Kleine das Gleichgewicht, stürzte von seinem Sitz herunter und blieb mit den Füßen im Triebrad des Hofwerks hängen. Die Folgen waren schrecklich. Beide Beine wurden ihr bis zu den Knien förmlich zermalmt. Auf das entsetzliche Geschrei des Kindes eilte der Vater herbei, zog es aus dem Getriebe und beförderte es in das hiesige Kreis Krankenhaus, wo ihm beide Unterschenkel amputiert wurden. An dem Aufkommen des Kindes wird gezweifelt.

k Czarnikau (Czarnków), 6. Oktober. In der hiesigen Molkerei sind Diebe des Nachts eingebrochen und haben drei Treibriemen gestohlen. Der Schaden beträgt einige hundert Zloty.

Am Sonnabend verunglückte der hiesige Ackerbürger Densch beim Kiesgraben. Eine stark unterhöhlte Lehmwand brach plötzlich zusammen und begrub ihn gänzlich. Der ihm helfenden, schon 75 Jahre alten Frau Schmidt wurden die Unterschenkel verschüttet. Der alten Frau gelang es, sich selbst zu befreien und Densch auszugraben. Er hatte aber so schwere innere Verletzungen erlitten, daß er an den Folgen nach einigen Stunden starb.

R Fillehne (Wielen), 6. Oktober. Auf dem letzten Kram-, Vieh- und Pferdemarkt herrschte reger Auftrieb, aber der Handel ging nur sehr schleppend vor sich. Während junge hochtragende Kühe noch 150 bis 200 Zloty brachten, konnte man ältere Tiere schon mit 60 bis 100 Zloty ersehen. Auf dem Pferdemarkt ging der Handel wegen der noch anhaltenden Herbstbestellung etwas flatter, doch waren auch hier die Preise gedrückt. Man konnte für 100 bis 150 Zloty gute Arbeitspferde kaufen, bessere jüngere Tiere brachten 250 bis 300 Zloty. Auf dem Krammarkt war der Betrieb lebhaft.

z Inowroclaw, 6. Oktober. Entwendet wurden der hiesigen Einwohnerin Wanda Rozowicz zwei Klinten von der Fronttür, der Einwohnerin Rozalia Czadzinska Brennholz, dem Villenbesitzer Leon Proch silberne Köffel, Gabeln und Messer mit Monogramm G. L. sowie eingemachte Früchte und dem Einwohner Tadeusz Bielczynski 200 Zloty Bargeld.

Im Hause ul. Torniska 1 hier selbst wurde ein sechs Monate altes Kind männlichen Geschlechts aufgefunden und dem Krankenhaus übergeben.

y Rabischin, 6. Oktober. Auf dem letzten Wochenmarkt zahlte man folgende Preise: Butter 0,90—1,10, Eier 1,20—1,40, Kartoffeln 1,50—2,00, Apfel 0,20—0,30, Stühner 1,20—2,50, Tauben 0,30—0,50, Enten 3,00. Ferkel das Paar von 8 Zloty an.

§ **Posen, 6. Oktober.** Der kommissarische Stadtpräsident Oberst Biackowski hat an die ihm unterstellte Beamten- und Arbeiterschaft eine Verordnung erlassen, deren sinngemäße und gewissenhafte Beachtung zweifellos von der Bürgerschaft mit Genugtuung begrüßt werden dürfte. Es heißt darin u. a.: Die Selbstverwaltung ist für die Bürger da, nicht umgekehrt. Deshalb verlange ich auch, daß die Behandlung der Interessenten sachlich und höflich sei. Die Selbstverwaltung ist dazu berufen, wirtschaftliche und soziale Ziele mit völliger Ausschaltung politischer Momente zu verwirklichen. Ein Angestellter der Selbstverwaltung muß sich im Dienst jeglichen Auftretens enthalten, das seine politische Überzeugung oder Parteizugehörigkeit hervorkehrt. Auch soll er objektiv seine Pflichten erfüllen. Von den Angestellten fordert der kommissarische Oberbürgermeister vor allem materielle Ehrlichkeit, Dienstleister und Pünktlichkeit.

Innerhalb fünf Monaten zum zweiten Male an derselben Stelle überfallen wurde Freitagabend der Konfitürenkaufmann Johann Stoschek in der fr. Colombstraße, als er sich nach Geschäftsschluß mit seiner Aktentasche auf dem Wege nach seiner Wohnung Colombstraße 21a befand. Der freche Räuber versuchte ihm die Aktentasche, in der er offenbar die Tageslohnung vermutete, zu entreißen. Es kam zwischen beiden zu einem heftigen Ringen, bei dem Stoschek ausglitt und eine Knieverletzung erlitt. Auf die Hilferufe Stoscheks und seiner Frau stürzte der Räuber, ohne irgendwelche Beute gemacht zu haben, auf den an der Straße gelegenen Friedhof und entkam.

§ **Samoschin, 6. Oktober.** Der Eigentümer Max Schwahn fand an seinem Acker einen kleinen Ballon, welcher in Russland aufgestiegen war. An dem Ballon war ein Zettel befestigt, auf welchem in slavischer, deutscher, französischer und englischer Sprache die Bitte ausgesprochen wurde, dem Absender von dem Verbleib des Ballons Nachricht zu geben.

Dem Mühlenbesitzer Draheim in Hammerrühle wurden größere Mengen Kartoffeln vom Felde gestohlen.

b Znin, 6. Oktober. Der letzte Kram-, Vieh- und Pferdemarkt war nur sehr schwach besucht. Auf dem Krammarkt machten die aufgestellten Stände einige Geschäfte. Auf dem Viehmarkt fiel man nur ältere Kühe zu 80—100 Zloty. Milchkühe wurden gehandelt im Preise von 110—140 Zloty. Pferde waren so gut wie gar nicht vorhanden. Das billigste Arbeitspferd brachte 40 Zloty, bessere ältere Tiere kosteten 120—180 Zloty.

Chef-Redakteur: Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: H. B. Marian Seple; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Seple; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Pragaodak; Druck und Verlag von A. Dittmann & Co. v. o. v. in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“

Bommerellen.

8. Oktober.

Das evangelische Kirchenvolk sammelt sich in Thorn

Auch in diesem Jahre sind die Tage vom 31. Oktober bis 2. November als Zeitpunkt für die kirchliche Woche gewählt worden. Sie soll bekanntlich in Thorn stattfinden, das die größte kirchliche Tagung schon mehrfach gastlich aufgenommen hat.

Die Tage beginnen in der traditionellen Form mit einer Morgenfeier und ermöglichten Führungen durch die Stadt und die Bauwerke Thorn's.

So ist es jedem möglich gemacht, an der kirchlichen Woche teilzunehmen. Alle, die ihre Kirche lieb haben und die wissen, wieviel Kraft im Zusammenschluß liegt, werden viel Gewinn davon haben.

Graudenz (Grudziadz)

Der 2. Tag der Obstausstellung

Des Landbundes "Weichselgau" brachte dem Unternehmen eine weitere, große Besucherschar. Vormittags erschienen fünf Klassen der Goethe-Schule mit ihren Lehrern, denen Dr. Krause unter Bezugnahme auf seine Präparatausstellung instruktive Vorträge hielt, die lebhaftestes Interesse fanden.

Von 3 Uhr ab war dann im großen Saale eine, auch von Stadtern stark besuchte Kaffeetafel mit Vorträgen, die der Komiteevorsitzende Leonhard Dyart eröffnete. Er gab einen kurzen Überblick über Wesen, Zweck und Verlauf der Ausstellung, die großen Anklang gefunden habe, dankte allen Schaustellern, begrüßte Gäste und Referenten.

Dr. Krause, der sodann zu Worte kam, sprach gleichfalls einleitend über Nutzen und Wert des Obstbaues, der irrigerweise manchmal anstatt als Förderung als Belastung der Wirtschaft angesehen wird.

Nach Dankesworten des Herrn Dyart an die Redner sprach noch Direktor Gerlich, der seinerseits ebenfalls der Bedeutung der Ausstellung begeisternde Worte widmete, auch in materieller Beziehung in bezug auf die zahlreichen gemachten oder zu erwartenden Bestellungen für den Winterbedarf, und anregte, zurückgebliebene Sachen den Waisenkindern zu opfern.

+ Das Urteil in dem Strafprozeß gegen den früheren Gefängnisinspizier Pietkiewicz, das Sonnabend mittag verkündet wurde, lautete auf Freispruch. Der Sachverständige Dr. Kaczmarek hatte ausgesagt, daß P. zwar durch Darreichung eines Schlafmittels an den Gefangenen nicht gegen seine Pflichten in bezug auf die Benachrichtigung des Arztes verstoßen habe, daß er aber für die Folgen solchen Tuns die volle Verantwortung trage.

X Bei dem großen Eisenbahnunglück bei Krakau ist auch eine weibliche Person aus der Nachbarschaft von Graudenz ums Leben gekommen, nämlich die 31 jährige Lehrerin Agata P. aus Montau (Matawy), Kr. Schwes. Sie hatte einen sechsmonatigen Erholungsurlaub bekommen, den sie in Zakopane verbringen wollte. Bei Krzeszowice erlitt sie nun ein tragisches Ende.

X Unliebsames Erwachen. Einen gesunden Schlaf haben muß ein hiesiger Einwohner namens Bernard Brandt. Wie er selbst der Polizei berichtete, hatte er sich neulich abends in nicht ganz nüchternem Zustande auf dem Hofe des Hauses Culmerstr. (Chelminska) 56 niedergelegt und war eingesnickt. Als er dann später erwachte, mußte er die betrübliche Wahrnehmung machen, daß ihm ein nichtswürdiger Zeitgenosse Jackett und Schuhe abgezogen hatte und damit von dannen gegangen war.

t Der Sonnabend-Wochenmarkt zeichnete sich durch besondere Zufuhr an Obst aus, das in den verschiedensten Gärten und Preislagern zu haben war. Der Verkehr war auch recht reger, doch ließ der Absatz etwas zu wünschen übrig. Butter kostete wie bisher 1,10-1,20, Eier 1,30-1,50, Weiskäse 0,10-0,40, Birnen 0,20-0,40, Äpfel der Zentner 7-20,00, das Pfund 0,10-0,35, Pflaumen 0,70, Walnüsse 0,80-1,00, Weintrauben 0,50, ausländische 0,90-1,10, Tomaten 0,10-0,20, Salat drei Köpfechen 0,10, Radieschen 0,05, Weißkohl 0,03-0,04, Rotkohl 0,08-0,10, Rosenkohl 0,20-0,30, Blumenkohl 0,10-0,30, Mohrrüben 0,08-0,10, Rote Rüben 0,05, Wruken 0,10, Zwiebeln 0,10, Grünzeug Bdh. 0,05-0,10, Kartoffeln Ztr. 2-3,00; Gänse 3-5,00, Enten 2,50-2,80, Futen 3,50-5,00, Hühner 2-3,00, Stühchen 1-1,80, Tauben Paar 0,80-0,90, Wildenten 1,50-2,00; Male 0,80-1,20, Hechte 0,70-0,90, Schleie 0,60-0,80, Barsche 0,50-0,60, Plöbe 0,25-0,50, Krebse Mdl. 0,50 und 1,00. Blumensträußchen 0,10-0,50, Chrysanthemen der Topf 0,50-0,80.

Thorn (Torun)

Aus dem Stadtparlament.

Freitag abend fand eine außerordentliche Stadtverordnetenversammlung statt, die ausschließlich den Interpellationen in Sachen der Regulierung der Leibschierstraße (ul. Lubicka) im Zusammenhang mit dem Bau der Straßenbahnlinie nach der Jakobsvorstadt sowie der unentgeltlichen Zuteilung städtischer Terrains für Privathäuser gewidmet war.

In der Erklärung der Stadtverwaltung wird zunächst auf diejenigen Arbeiten hingewiesen, die im Zusammenhang mit der inzwischen bereits in Angriff genommenen Lieferlegung des Niveaus der Leibschierstraße ausgeführt werden müssen. Die Sentung dieser Straße zieht zwangsläufig entsprechende Ausgleichsarbeiten an den Ausgängen der ul. Studzienna, Golebia, Pulastiego und Targowa nach sich.

In der sich anschließenden Diskussion erklärte Stadtv. Schab, daß die Interpellanten die Erklärungen der Stadtverwaltung bezüglich des Kostenanhschlages für den gesamten Umbau der Leibschierstraße zur Kenntnis nehmen und um die Aufnahme dieser Erklärung in das Protokoll als für die Stadtverwaltung verpflichtend bitten. Ferner führte Stadtv. Schab aus, daß die Stadtverwaltung schon des öfteren bei den durch sie in eigener Regie ausgeführten Arbeiten die Kostenanhschlage um erhebliche Summen überschritt. Die Interpellanten wünschen diesmal die Stadt vor weiteren Überraschungen zu schützen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die gleichfalls in der letzten Versammlung eingereichte Interpellation in Sachen der Zuteilung unentgeltlicher Bauparzellen. In einem erschöpfenden Referat erläuterte die Stadtverwaltung, daß Bauparzellen an der ul. Sm. Józefa, Reja, Mickiewicza und Grudziadzka vergeben worden sind. An den genannten Straßen wurde in den letzten Jahren auch eine Reihe Häuser erbaut und sind auf diese Weise 306 neue Wohnungen entstanden. Bei der augenblicklichen Lage hält die Stadtverwaltung die weitere unentgeltliche Abgabe von Baugelände für angezeigt. In Thorn fehlen jetzt schon ca. 1000 Wohnungen, wobei bemerkt werden muß, daß in absehbarer Zeit die Staatliche Landeswirtschaftsbank und weitere Abteilungen der Eisenbahndirektion nach hier verlegt werden, was einen beträchtlichen Bevölkerungszuwachs mit sich bringt.

Angesichts der durch den Stadtpräsidenten abgegebenen befriedigenden Erklärungen beantragte die Fraktion des BB, die Ausführungen der Stadtverwaltung zur Kenntnis zu nehmen. Dieser Antrag fand einstimmige Annahme. Hierauf wurde die Sitzung um 20.25 Uhr geschlossen. **

= Von der Weichsel. Sonnabend früh betrug der Wasserstand 0,69 Meter über Normal und die Wassertemperatur beinahe 13 Grad Celsius. — Im Weichselhafen trafen ein die Schlepper „Posejdon“ mit zwei leeren Rähnen aus Warschau und „Warszawa“ mit einem leeren und drei beladenen Rähnen aus Danzig. Es starteten die Schlepper „Kordecki“ und „Zamojski“ mit je drei Rähnen mit Stückertern nach Warschau sowie „Gdańsk“ mit einem Rahn mit Getreide nach Danzig. Auf der Fahrt von Warschau nach Dirschau bzw. Danzig passierten die Personen- und Güterdampfer „Fredro“ bzw. „Wars“, auf der Fahrt von Danzig zur Hauptstadt „Mickiewicza“.

= Ein schrecklicher Unglücksfall ereignete sich am Sonnabend kurz vor 1 Uhr nachts auf dem Bahnhof Thorn-Möcker. Beim Überstreifen der Gleise wurde hier der in der Goplerstraße (ul. Wybickiego) 89/91 wohnhafte, 26 Jahre alte Eisenbahner Stefan Majchrzak von dem durchfahrenden Kohlen-Güterzuge Nr. 5893 überfahren. Die Räder trennten dem Unglücklichen das rechte Bein vom Körper ab und zermalnten ihm die rechte Hand. Durch die alarmierte Rettungsbereitschaft wurde M. sofort in das Städtische Krankenhaus geschafft, wo er gegen 3 1/2 Uhr morgens durch den Tod von seinen Leiden erlöst wurde. Zur Klärung der Schuldfrage ist eine Untersuchung eingeleitet. **

* Eine Hausdurchsuchung nahm die Kriminal- und uniformierte Polizei Freitag nachmittag in der „Drukarnia Toruńska“, der Herausgeberin des „Słowo Pomorskie“, vor. Hierbei wurden an hundert Geschäftsbücher beschlagnahmt. Die Revision erfolgte im Auftrage des Vizeproturators des Bezirksgerichts. **

= Wegen Körperverletzung und wegen Betruges wurden je eine, wegen Herumtreibens auf militär-fiskalischem Gelände zwei Personen verhaftet und in Polizeiarrest genommen. — Zur Anzeige bei der Polizei kamen drei kleine Diebstähle, ein Betrug, vier Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften, zwei Zuwiderhandlungen gegen handelsadministrative Bestimmungen und eine Schlägerei. **

ef Briesen (Wabrzeżno), 7. Oktober. Unbekanntem Täter gelang es, in die Wohnung des P. Mianowicz in der Dolna einzudringen. Der Besuch „rentierte“ sich glänzend, da den Tätern ca. 300 Zloty in die Hände fielen, mit denen sie das Weite suchten.

tz Czerk, 6. Oktober. Am Donnerstag nachmittag fand eine Stadtverordnetenversammlung im Rathaus statt. Zunächst wurden die neuen Stadtverordneten Koniker, Pacynski und Stopowski eingeführt. Darauf fanden die Budgetberatungen für 1934/35 statt. An Ausgaben sind 83.630 Zloty vorgesehen, denen an Einnahmen 55.380 Zloty gegenüberstehen. Nach der Verlesung des Protokolls des Inspektor Kalijan aus Konitz, der einige Verwaltungssachen bemängelte, kam es zu einer längeren Debatte über die Entlassung des Schuldieners Andrez. Dieser hatte 25 Jahre seines Amtes gewaltet und wurde an seinem Jubiläumstage grundlos entlassen. Nach längerer Aussprache wurde diese Magistratsverfügung in geheimer Wahl mit 9 zu 7 Stimmen genehmigt.

In Anwesenheit des Konitzer Starosten wurden die neuen Magistratsmitglieder der Stadt Czerk und zwar der Vizebürgermeister Dowski und die Stadträte Czarnowski, Karloch und Drowski feierlich in ihr Amt eingeführt.

tz Konitz (Chojnice), 6. Oktober. Franciszka Maciejewska aus Nieszawa hatte mit ihrem Kinde die deutsche Grenze überschritten ohne die erforderlichen Papiere. Sie wurde von den Grenzbeamten gefaßt und nach Polen gebracht. Da sie keine Dokumente besaß, wollten die Grenzbeamten sie nicht hereinlassen. Der deutsche Beamte schickte sie darauf an einer anderen Stelle über die Grenze. Sie wurde von der polnischen Polizei festgenommen, die sie der Fürsorge übergab.

Der heutige Wochenmarkt war mittelmäßig besucht. Butter kostete 0,90-1,25, Eier 1,40-1,50.

Graudenz.

Bücher werden eingebunden... Zur Halenjad empf. u. auß. billige. Preissen erstklassige Jagdpatronen. Dorski, 3go maja 30. 6880

Deutscher Buchereiverein Graudenz Donnerstag, den 11. Oktober, 8 Uhr abends in der Goetheschule Vortrag Studienassessor Hackbarth: "Völkische Verfallsercheinungen und ihre Bekämpfung." 6881

Jord-Vimoufine Essex-Vimoufine

in sehr gutem Zustande preiswert zu verkaufen M. Karau, Warsz. Jozha 22 6893

Thorn.

Sämtliche Malerarbeiten auch außerh. Torun's, fährt erstklassig und prompt aus Franz Schiller, Malermeister, Torun, Bielle Garbary 12. Suche Lehrling und Praktikant. B. Falkowski, Kriegerstr., Rosciuszki 51. 6900

Piano kreuzsaitig kauft und erbittet Preisangebote Zabel, Torun, Razim. Jagiellonczka 8. 6920 Suche zu kaufen: ca. 500 Stück eigene Zaunständer 2 m lg. mind. 12 cm φ. S. Müller, Zimmermeister, Mala Klawies, p. Bedzewo, p. Torun.

Neueste Modelle zu niedrigsten Preisen. Umarbeitungen von Filz, Velour- und Samthüten, von 2 z/ an, empfiehlt 9738 Anna Gębarska, Torun, Szeroka 32, im Hause Templin. 4-Zim.-Wohn. in Bad zum 1. November zu vermieten. Pl. św. Katarzyny 6, W.3.

